

Auer Tageblatt

Veröffentlichung nach dem Anzeigengesetz
und für Anzeigen die Postzeitung
einlegen. - Größte Wertigkeit.
Preis pro Stück 10 Pf.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung nach dem Anzeigengesetz
und für Anzeigen die Postzeitung
einlegen. - Größte Wertigkeit.
Preis pro Stück 10 Pf.

Telegramme: Kageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1498

Nr. 48

Dienstag, den 26. Februar 1924

19. Jahrgang

Gegen das Versailler Diktat.

Vor kurzem fand in Berlin in der Aula der Universität eine feierliche Kundgebung statt, bei der Vertreter von mehr als 20 Nationen in eindringlichen Ausführungen die furchtbaren Wirkungen schilderten die der Gewaltfriede von Versailles auf die wirtschaftliche, politische und geistige Verfassung ihrer Völker ausgeübt hat. Es war eine furchtbare Enttäuschung, die hier von Männern der verschiedensten Nationen gegen dieses Dokument politischen Hasses erhoben wurde. Aber so schön und befriedigend der Verlauf dieser Veranstaltung für uns Deutsche war, so durften wir uns doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Männer, die dort ihre Stimme erhoben, nur in ihrem eigenen Namen oder in dem eines ganz bestimmten Personenkreises sprachen, aber nicht in der Lage waren, als maßgebliche Repräsentanten ihrer Nationen aufzutreten. Dadurch war der Wert dieser durchaus erfreulichen Kundgebung für Deutschland ein enghorizontierter. Von viel größerer Bedeutung ist es, daß jetzt ein hervorragendes Mitglied der englischen Regierung, der Innenminister Henderson, in einer großen politischen Rede den Versailler Vertrag scharf kritisiert und seine Revision gefordert hat. Damit ist zum ersten Male von einer offiziellen Persönlichkeit aus der Reihe unserer früheren Gegner anerkannt worden, daß Deutschland in Versailles ein schweres Unrecht geschehen ist, und daß nicht nur um Deutschlands sondern um der ganzen Welt willen dieses Unrecht wieder aus der Welt geschafft werden muß.

Der englische Innenminister stellt in seiner Rede die wir bereits gestern auszusprechen zum Ausdruck gebracht haben fest, daß der Versailler Vertrag gerade das Gegenteil dessen gebracht hat, was die alliierten Staatsmänner ihren Völkern versprochen, wofür die Völker ihrer Nationen zu sterben geglaubt hatten, und was Präsident Wilson in seinen 14 Punkten niedergelegt hatte.

Auf dieser Kritik des Versailler Vertrages baut Henderson seine praktischen Schlussfolgerungen auf. Er stellt der englischen Regierung die Aufgabe durch Revision des Versailler Gewaltfriedens einen wirklichen Frieden des Rechts herzustellen, um so eine neue Ära internationalen Zusammenwirkens und Wohlwollens einzuleiten.

Die Rede des englischen Innenministers hat naturgemäß überall großes Aufsehen erregt. Sie stellt einen wichtigen Schachzug in der englischen Politik dar. In der vorigen Woche hat im englischen Unterhaus eine sehr erregte Aussprache über die Rüstungspolitik der Regierung stattgefunden und es hat sich dabei die merkwürdige Lage ergeben, daß der Premierminister die warmste Unterstützung seiner konservativen Gegner fand, als er gegenüber dem Drängen der Arbeiterpartei und eines Teiles der Liberalen erklärte, daß England die Wirkung nicht dadurch vollziehen könne, indem es einseitig seine Flotte verfallen lasse. Dieser merkwürdige Widerspruch ist natürlich für die englische Regierung auf die Dauer nicht erträglich. Sie muß danach trachten eine internationale Lage zu schaffen, die es ihr ermöglicht die programmatische Forderung der Arbeiterpartei nach Abrüstung zu verwirklichen. Der englische Premierminister MacDonald ist gewiß kein marxistischer Dogmatiker, aber es wäre falsch, ihn für einen bloßen Opportunisten zu halten, dem das Parteiprogramm lediglich zum Wählerfang dient und der es in die Tasche steckt, sobald er die tatsächliche Macht in der Hand hat. Aber er ist Realpolitiker und weiß genug, um zu wissen, daß man die Politik nicht in der Retorte machen kann und daß sich die Wirkungen nur durchführen lassen, wenn nicht die gesamte europäische Lage grundlegend geändert wird.

Hendersons Vorstoß gegen den Versailler Vertrag ist also als der Versuch aufzufassen, einen der Grundsteine zu legen, auf denen die Neuordnung Europas aufgebaut werden soll. Es ist eine sehr kluge und großzügige Politik, die hier von den Männern der englischen Regierung getrieben wird. Ihr Hauptkennzeichen ist eine große moralische Offenheit zugunsten der politischen Veruhigung Europas, die die Vorbedingung ist für ein wirtschaftliches Wiederaufblühen des durch den Krieg und seine Folgen zerrütteten Kontinents. Deshalb wäre es auch falsch, das Vorgehen des englischen Ministers als einen feindseligen Akt gegen Frankreich aufzufassen. Im Gegenteil, die Politik der englischen Arbeiterregierung geht darauf hinaus, den zweifellos vorhandenen englisch-französischen Gegensatz, der schließlich noch einmal zum Kriege führen könnte, zu beseitigen durch eine Regelung aller lebenden Fragen, die gegenwärtig trennend zwischen den beiden alliierten Hauptmächten stehen.

Die Arbeit der Sachverständigen an einem kritischen Punkt.

Entweder volle Annahme oder volle Ablehnung.
Die beiden in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter „New York Herald“ und „Chicago Tribune“ bringen fast gleichlautende Mitteilungen über den Standpunkt der Sachverständigen in der Reparationsfrage. Man hat daher allen Grund anzunehmen, daß die Ausführungen der beiden Blätter die offene Stellungnahme der amerikanischen Abordnung darstellt. Beide Blätter erklären übereinstimmend:

die Arbeiten der Sachverständigen sind nunmehr in das kritische Stadium eingetreten. Ihre Beschlüsse müssen entweder einstimmig angenommen werden, oder vollkommen fallen.

Es sei ausgeschlossen, daß die Reparationskommission etwa einen Teil der Beschlüsse annehme, einen anderen ablehne. Die Beschlüsse bilden ein einheitliches, untrennbares Ganzes. Wenn die Reparationskommission der Ansicht sei, daß die Reparationsfrage und die Wiederaufrichtung Deutschlands auf geschäftsmännlicher Grundlage erfolgen solle, dann müsse sie alle Beschlüsse der Sachverständigen annehmen. Würde sie dagegen politische Erwägungen heranziehen, oder würde sie glauben, den Interessen der Alliierten zu dienen, wenn weiter ein politischer Druck auf Deutschland ausgeübt würde, wenn das Ruhrgebiet weiter von Deutschland abgetrennt bleibe, und ähnliches mehr, dann würde nichts anderes übrig bleiben, als alle Vorschläge der Sachverständigen abzulehnen. Wenn die amerikanischen Sachverständigen sich entschließen, durch die beiden amerikanischen Zeitungen eine so eindringliche Warnung an Frankreich ergehen zu lassen, so geschah dies deshalb, weil man wußte, daß sich in Paris seit einigen Tagen vielfach eine Stimmung geltend macht, nur einen Teil der Sachverständigenbeschlüsse durchzuführen zu lassen, und andere wichtigere dagegen abzulehnen.

Zugleich bringen die beiden amerikanischen Blätter auch Ausführungen über die Anforderungen, die an Deutschland gestellt werden sollen. Es heißt da:

Deutschland müsse sich darüber klar sein, daß es Opfer zu bringen habe, in Form von Steuererhöhungen und in Form einer internationalen Finanzkontrolle, die aber nicht den Charakter einer Finanzdikatur habe, wie sie Österreich und Ungarn auferlegt worden sei. Aber Deutschland müsse die Opfer bringen, wenn es einem finanziellen Zusammenbruch entgegen wolle, und wenn es insbesondere die Rentenmark retten wolle, deren Kurs nur durch das allseitige Komminiquae, das die Sachverständigen in Berlin ausgaben, gestützt werde.

Ueber die Einzelheiten meldet die „Chicago Tribune“, die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme sollen gelöst werden und politische und militärische Fragen in dem Bericht nicht erörtert werden. Trotz der Erklärung des Staatssekretärs Hughes, daß die Reparationssumme herabgesetzt werden müsse, halten sich die Sachverständigen an das Londoner Ultimatum mit seinen 132 Milliarden Goldmark, und erklären, Deutschland sei in der Lage, diese Summe zu zahlen.

Schachts Projekt teilweise angenommen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht reist heute nach Paris zurück nachdem das Reichskabinett zugestimmt hat, daß der Sitz der Reichsbank nach Paris verlegt werde.

Dagegen wurde Herrn Schacht noch kein Einverständnis des Kabinetts ausgesprochen, daß der Hauptsitz der Reichsbank in das Ausland überführt wird. Die Mehrzahl der Reichsminister ist bisher gegen diesen Teil des Schachtschen Projektes. Auch von den sächsischen Regierungen liegen scharfe Proteste hieran vor.

Vernünftige Sparmaßnahmen.

Der Sparkommissar hat am Sonnabend dem Kabinett eine Reihe wichtiger Ersparnisvorschläge unterbreitet, u. a. den Antrag auf Abbau der unproduktiven Wohnungsbauten, die zur Zeit über 100 Millionen Goldmark Gesamtkapital im Jahre benötigen, auf Einschränkung der Automobile für die Winterferien und auf Beseitigung der Diktanden an Reichstagsabgeordnete während der Parlamentsferien. Die Vorschläge sind eingehend bearbeitet worden.

Die Dezemberverordnungen im besetzten Gebiet auslassen.

Die interalliierte Rheinlandskommission hat die Verordnung vom 21. Dezember 1923 über die Arbeitszeit und Richtlinien des Reichsministeriums des Innern vom 22. Dezember 1923 über die Regelung der Dienstzeit der Reichsbeamten im besetzten Gebiet auslassen.

Wälder von den Franzosen auf eine Verkehrsinsel verschleppt.

Das „Echo de Paris“ wendet sich scharf gegen England, weil England die von Frankreich in der Pfalz in den letzten Tagen vollzogenen Strafmaßnahmen mißbilligt. Das Blatt gesteht ein, daß einige Wälder in das Gefängnis auf der Insel Ree gefandt wurden, daß andere ausgewiesen und andere eingesperrt wurden. Das Foreign Office behauptet, daß diese Strafen insbesondere gegen jene verhängt wurden, die dem englischen Generalkonsul Elmes wahrheitsgetreue Mitteilungen über das Schalten der Franzosen in der Pfalz gemacht hatten. Das „Echo de Paris“ fordert, daß die deutsche und die englische Regierung sich Mäßigung und Zurückhaltung auferlegen.

Französische Justiz.

Das französische Kriegsgericht in Essen hat die beiden Direktoren König und Schmitz der Gewerkschaft Langenbrunn zu je 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie während des passiven Widerstandes dem Ersuchen der Franzosen auf Herausgabe der Grubenbücher nicht nachgekommen waren.

Deutsch-englischer Ausfuhrvertrag.

Die Reichsregierung hat mit der englischen Regierung ein Abkommen über eine Herabsetzung der 20-prozentigen Reparationsabgabe auf fünf Prozent geschlossen. Das Abkommen tritt bereits am 26. Februar für alle Waren, die an oder nach diesem Tage nach England eingehen, in Kraft. Die Erhebung erfolgt in der bisher üblichen Weise in England; der englische Importeur hat also 5 Prozent der Rechnung bei der Einfuhr der Ware in England an die britische Zollbehörde zu entrichten und zahlt 95 Prozent der Rechnung an seinen deutschen Exporteur unter gleichzeitiger Ueberweisung des Guthabens über 5 Prozent. Die Reichsregierung verpflichtet sich, diese Scheine später, wenn die deutschen Finanzen geordnet sind, in einer dann noch genauer festzustellenden Form einzulösen. Bis dahin hat sie sich verpflichtet, Vorsorge zu tragen, daß die Abgabe nicht den englischen Importeur belastet, oder ihm in Rechnung gestellt wird. Eine entsprechende Verordnung ist in Vorbereitung. Die Reichsregierung verpflichtet sich weiter, alle Guthabens, die aus der Wareneinfuhr nach England vor dem 26. Februar herrühren, in der bisherigen Weise durch die Eschahanweisungen einzulösen. Es ist ferner von der britischen Regierung zugesagt worden, Erleichterungen für kleine Warensendungen einzutreten zu lassen und alle Sendungen von geringem Wert ohne Erhebung der Abgabe frei nach England einzulassen.

Beginn des Hitler-Prozesses.

Für den Beginn des Hitler-Prozesses sind von maßgebender Seite alle Vorbereitungen getroffen. In der zur Gerichtsstätte umgewandelten Infanterieschule ist der allgemeine Zutritt unterfagt. Die Sicherungsmaßnahmen der Landespolizei im Gerichtsgebäude und dessen Nähe sind bereits durchgeführt. Welchem Interesse der Prozess in der Öffentlichkeit begegnet, beweist der Umstand, daß bis heute in Briefen und Telegrammen über 300 Begehren nach Pressearten vom In- und Auslande nach München gelangt sind, darunter mehr als die Hälfte vom Auslande. Die beschränkten Platzverhältnisse im Gerichtsgebäude lassen aber nur 80 Berichterstatter zu, von denen etwa 15 Vertreter der ausländischen Presse sind.

Der Vizepräsident des bayerischen Landtages, der sozialdemokratische Abgeordnete Aue, erhielt für Montag eine Vorladung vor den Ermittlungsrichter. Die Vorladung erfolgte mit der Angabe, daß Aue von den Ratsabkömmlingen am 8. und 9. November v. J. Kenntnis hatte, die Behörden aber nicht in Kenntnis gesetzt hatte. Der Abg. Aue hatte bekanntlich während der Wuttag in München verfallen.

Wie der „Bayerische Kurier“ von einwandfreier Seite erfahren haben will, sind am Sonntag vier Schubhäftlinge in Landsberg in den Hungerstreik getreten. Die übrigen Schubhäftlingen hätten beschloffen, am Montag ebenfalls in den Hungerstreik einzutreten.

Kleine politische Meldungen.

Dr. Gustav Roeske gestorben. Wie die Blätter schreiben, ist der Präsident des Reichslandbundes, der Vereinigung aller landwirtschaftlichen Verbände Deutschlands, deren Begründer er auch gewesen ist, der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Gustav Roeske am Montagmittag am den Folgen eines am Sonntag erlittenen Schlaganfalles gestorben.

Die Rentendank gegen Ausprägung von Silbermünzen. Die in den letzten Tagen durch die Presse geangeregten Meldungen über die vom Reichsfinanzministerium beschlossene